

Sächsische Volkszeitung

Wochentl. täglich nebst. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Beigangspreis: 5 Pf. I. & 50 Pf. ohne Beigabe, für Schüler
und Studenten 1. Beigangspreis 10 Pf. — Zeitungspreis für Nr. 600.
Gesammt 10 Pf. — Zeitungspreis für Nr. 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden bis spätestens Mittwoch ab, deren Raum mit 15 J.
Belasten mit 50 J. die Größe beruhet. b. Werbung, bedarf. Nachr.
Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftshaus Dresden,
Villiger Straße 43. — Zeitungspreis für Nr. 1300.

Die Sozialdemokratie an der Arbeit.

Je nüchterner und realpolitischer unsere Zeit wird, je mehr die Leistungsfähigkeit auf politischem und sozialem Gebiete zunehmen und die Interessengegenläufe sich verschärfen, desto mehr löst sich der große Wettkampf auf beiden Gebieten in Einzelmärkten, in erbitterten Klein- und Nahkampf auf. Schritt für Schritt und Mann gegen Mann sucht man sich das Terrain streitig zu machen und im gegnerischen Gebiet vorzudringen. Dieser Wettbewerb hat bei den einzelnen Parteien mehr und mehr an "Großzügigkeit" eingebüßt und sich größtenteils in unermüdliche Kleinagitation und Kleinorganisation umgesetzt. Von jener hat sich die deutsche Sozialdemokratie auf diese moderne Kriegskunst am besten verstanden und sie von Jahr zu Jahr mit wachsendem Erfolg gehandhabt. Dafür liefert auch der vor kurzem erschienene öffentliche Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den demnächst stattfindenden Parteitag zu Mannheim einen treffenden Beleg. Es ist erstes Erfordernis einer gezielten Strategie, die Stellung des Gegners, seine Rüstung und Stärke zu erkunden. Deshalb ist es auch für die Zentrumsparthei und ihre Angehörigen in Stadt und Land ein unabdingtes Erfordernis, sich genau orientiert zu halten über die Kriegstechnik und das Kassierhandel der Sozialdemokratie. Nur so ist eine zeitgemäße, gezielte Verteidigung unserer Position und ein stets erneutes, wirkungsvoles Uebergehen zum Angriff und Vorstoß möglich und in seinem Erfolge gewährleistet.

Auf dem politischen und sozialen Kampffeld ist und bleibt am wichtigsten stets die persönliche Arbeit, das Einsetzen der lebendigen Persönlichkeit für die Agitation und Organisation. In dieser Kleinarbeit vom Mund zu Mund, von Person zu Person, auf der Arbeitsstelle, auf dem Wege von und zur Arbeit, in den Clubpausen, im Wirtshaus usw. sind die Sozialdemokraten vorbildlich. Manche unserer Parteigenossen, speziell unter den Arbeitern, können sich daran ein Muster nehmen. Indes, ein derartiges persönliches Eintreten für die Partei bloß gelegentlich oder im Nebenamt, genügt bei der immer schärfer sich gestaltenden Konkurrenz der einzelnen Parteien nicht mehr. Eine systematische, auf eine größere Stadt oder einen höheren Bezirk ausgedehnte Werbearbeit ersordert einen ganzen Mann, das heißt eine freigestellte und besoldete Verantwortlichkeit. Für die Sozialdemokratische Partei leisten nun schon bisher außerst wertvolle politische Arbeit die 77 Arbeitersektariats. Der Bericht des Parteivorstandes äußert sich in dieser Beziehung schmunzelnd: "Auch die Arbeitersektariats enthalten eine sehr wohlträgliche Wirkung." Trotzdem ist aber der Parteivorstand im vergangenen Jahre dazu übergegangen, in Ausführung des Beschlusses des Premer Parteitages 16 Genossen als Parteisekretäre freizustellen. In altemdächer Zeit werden vier weitere Parteisekretäre angestellt werden. Außerdem sind vom Parteivorstande eine Reihe größerer Parteiororte zur Anstellung von Parteisekretären gedrängt worden. Es leuchtet sofort ein, von welch erheblicher Bedeutung es für eine Partei ist, wenn in der angegebenen Weise das ganze Land mit lebendigen Agitationszentren überzogen wird und überall der Feind sich Positionen schafft, von denen aus er Vorstoße und Ausfälle machen kann.

Kraft dieser zäh und systematisch vordringenden Agitations- und Organisationsarbeit ist es der Sozialdemokratie in verhältnismäßig kurzer Zeit, nämlich im Laufe des letzten Rahres, gelungen, den auf dem vorjährigen Parteitag beschlossenen strafferen Neuauftakt der Parteiorganisation fast überall durchzuführen. Es heißt darüber im Bericht:

"Der Kreiswahlverein — teils einheitlich, teils aus Ortsvereinen bestehend — ist an Stelle des Vertrauensmänner wieder getreten, das nur noch die Ausnahme bildet. Ebenso sind die Bezirksoverbände mit Landesorganisationen entsprechend dem Zentralen Statut gebildet oder ausgebaut worden. Die Bezirksoorganisationen bzw. Landesorganisationen haben durch die Anstellung der Parteisekretäre eine wesentliche Unterstützung erhalten. Abgesehen von der Verstärkung der Parteisekretäre, dem Vorstand mindestens vierteljährlich Bericht zu erstatten, stehen die Parteisekretäre unter der Kontrolle der Bezirksleitungen bzw. Landesorganisationen und haben deren Beschlüsse und Anweisungen zur Ausführung zu bringen. Den Sekretären und Bezirksleitungen ist eine das gegenseitige Verhältnis regelnde Geschäftsanweisung seitens des Vorstandes behandigt worden."

Die agitatorische und organisatorische politische Kleinarbeit der Genossen im Lande dirigierte und unterstützte der Parteivorstand von der Zentrale Berlin aus, indem er durch ein allgemeines Circular Anleitung und Anregung zur Durchführung der Neuorganisation gab und durch ein weiteres Circular eine einheitliche, gleichzeitig einsetzende Agitation inszenierte für die Wahlrechtsbewegung in den Einzelpaaten, speziell Preußen und Sachsen, sowie für die 18. März- und 1. Maifeier. Auch unterstützte man die Agitatoren und Beriommungsredner einheitlich durch Herausgabe der Materialien zur Wahlrechtsbewegung und für die 18. März-Demonstration, ganz abgesehen von den 1 300 000 Flugblättern, die allein von Berlin aus ins Land gingen. Des Weiteren ist bereits in Arbeit gegeben die Anfertigung einer Zusammenstellung der seit Schaffung des Reichstages von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Anträge und Gesetzentwürfe.

Hauptziel jeder politischen Kleinarbeit muss natürlich

sein, möglichst jeden Parteigenossen nicht bloß zu einem hieb- und stichseiten, das heißt seine Überzeugung schwächen und verteidigen, sondern auch zu einem angriffswise vorgehenden, neuen Terrain erobernden Kämpfer zu machen. Das muss hauptsächlich durch Einzelbildung in Diskussionszirkeln, Unterrichtskursen usw. erreicht werden, die systematisch von den Parteisekretären in den ihnen zugewiesenen Bezirken gegründet und, soweit möglich, geleitet werden. Begleitig dieses Punktes hebt der sozialdemokratische Parteiverband hervor, von welch großer Bedeutung die Errichtung einer Parteisekretariate für die Durchbildung der Genossen besonders in den kleineren und abgelegenen Orten sei und wie sich ihre Wichtigkeit von Tag zu Tag mehr herausstelle. Der Parteivorstand unterstützte diese Ausklärungs- und Schulungsarbeit dadurch, daß er einer großen Anzahl kleinster Parteiorte eine Sammlung von Prothesen zum Schenken machte, die von den Genossen eifrig studiert und diskutiert werden. Um aber das Selbststudium und die Schulung der Genossen planmäßig und deshalb erfolgreich zu gestalten, wird der Parteivorstand in Bälde eine Unterlagsmappe in Form eines Leitfadens, der den Genossen die Einführung in die sozialistische Literatur erleichtern sowie sie in den Stand setzen soll, eine Materialienansammlung anlegen und in geordneter übersichtlicher Weise fortzuführen.

Man soll stets auch vom Gegner zu lernen suchen. Nichts rächt sich mehr im politischen Leben, als den Feind zu ignorieren und seine Taktik außer Acht zu lassen. Die Taktik der Sozialdemokratie ist nun aber, den großen sozialen Haufen der Genossen möglichst in einzelnen Heereskörpern zu formieren, mit der Flammme einer straffen Organisation zu umstäniden und durch systematische politische Ausklärung und Schulung zu idiosyncratischen Kämpfern heranzubilden. Die Sozialdemokratie sieht sehr wohl ein, daß ohne dieses engmaschige, über das ganze Land bis zum kleinsten Orte ausgewogene Organisationsnetz auch die Agitation größtenteils wirkungslos verpufft. Lernen wir davon. Wenn auch die Organisation der Zentrumsparthei in manchen Landesteilen musterhaft durchgeführt ist, so hat es doch vielerorts noch sehr damit. Ebenso ist es höchst bedauerlich, daß man nicht schon mehr zur Anstellung von Parteisekretären für einzelne Landesteile übergegangen ist. So viel uns erinnerlich ist, gibt es solche nur für Rheinland (Köln), Westfalen (Münster) und Hessen (Mainz). Auch fehlt es noch an einem der Zentrumsfraktion in Berlin zu Diensten stehenden allgemeinen Parteisekretär. Soll das aber ermöglicht werden, so müssen sich die Zentrumsanhänger in Stadt und Land mehr als bisher dazu verstellen, ihrer Partei nicht bloß Begeisterung entgegenzubringen, sondern diese Begeisterung und treue Anhänglichkeit auch in fliegende Münze umzusetzen, das heißt für die Parteizwecke finanzielle Opfer bringen. Denn wie der militärische, so erfordert auch der politische Krieg Geld, Geld und wiederum Geld.

Politische Rundschau.

Dresden, den 11. September 1906.

Aufschluß des von der Provinz Schlesien gegebenen Bestimmtes in Breslau legte der Kaiser unter anderem folgendes: "Und so wollen wir ein neues Gelübde aus dem schönen Satz der Erinnerungen und der goldenen Treue, die mir hier entgegenklingt, prägen: Uns von nun an mit Aufsicht aller geistigen und förderlichen Kräfte nur der eine Aufgabe zu widmen, unser Land vorwärts zu bringen, für unser Volk zu arbeiten, ein jeder in seinem Stande, gleichviel, ob hoch oder niedrig, unter Zusammensetzung der Konfessionen, dem Unglauben zu stimmen und uns vor allen Dingen den freien Platz für die Zukunft zu bewahren und niemals an uns und unserem Volke zu verzagen. Dem Lebenden gehört die Welt und der Lebende hat recht! Schwarzer Fuchs darf ich nicht und wer sich zur Arbeit nicht eignet, der habe ich aus und wenn er will, füge er sich ein besseres Land!" Die Berliner Presse kommentiert diese Worte sehr lebhaft. Die "Post" meint: "Wie vor 14 Jahren, als beim Festmahl der Provinz Brandenburg der Kaiser den Nörgerlern den Rat gab, auszumwandern, so werde auch jetzt die äußerst scharfe Wendung des Kaisers im Volke vielleicht ein wenig freundliches Echo wecken. Schläpmacher und Leibtreter seien es vor allen Dingen, die heute vielfach Schaden anrichten, während man gerade unter den besten und aufrichtigsten Patrioten Männer finde, die mit ernster Verjährnis in die Zukunft schauen." — Die "Tägliche Rundschau" meint, daß die heute an die Nörgerrede des Kaisers erinnernden Worte eine ruhigere Aufnahme finden würden als damals, da man weiß, daß der Kaiser mit ihnen nicht das unbestreitbare Recht der positiven öffentlichen Kritik treffen wollte, sondern nur jene in neuerer Zeit mehr denn je um sich greifende Sucht, alles Eindeutige zu verschleiern und im blinden Pessimismus schwarz zu malen. — Die "Nat. Zeitg." meint: "Es ist doch gut, daß der Kaiser nicht die Macht hat, gewaltsam durchzusetzen, was er hier so ungeduldig herbeisehnt. Die Frage der drohenden Übermacht Deutschlands möchte sonst in einer so radikalen Weise gelöst werden, daß auch dem Kaiser angst und bange würde. Es liegt auf der Hand, daß der Kaiser mit seiner Härte die treffen möchte, die nicht so bedingungslos mitharbeiten wollen, wie er es befiehlt, also die, die nicht in jedes Hurra ungestrichen mit einstimmen, wohl gar eine ehrliche Kritik auch für eine nützliche Arbeit halten." — Die "Germania" schreibt: "Wenn der Kaiser eine solche Aufforderung für nötig hält, liegt die Annahme nahe, daß er selbst von ge-

wisser Befugnis nicht ganz frei sei, die Schwarzeher also doch eine gewisse fachliche Berechtigung für ihr Verhalten haben müssen. Wenn man unbefangen die Ergebnisse der deutschen Politik der letzten Jahre oder Lustre betrete, werde man auch nur zu leicht zu dem Urteil kommen, daß vorsätzliche Mißfolge zu verzeichnen seien. Dulden wird er indes die Schwarzeher auch in Zukunft wohl müssen. Sie werden ebenso im Lande bleiben, wie die Nörger, die er früher einmal aufforderte, den deutschen Staub von ihren Äußen zu schütteln. Zu kritischer Bewunderung und Verherrlichung unserer Zustände liegt aber auf der anderen Seite kein Grund vor, und wer auch auf Mängel und Mißstände hinweist, ist dabei noch ein bössartiger Schwarzeher, der hinausgejagt zu werden verdient."

Der Kaiser wurde bei seiner Ankunft in Liegnitz von der Bevölkerung lärmisch begrüßt. Vor dem neuen Rathause beglückte zunächst der Regierungspräsident den Kaiser mit einer Ansprache, worin er sagte, die Niederösterreicher seien stolz und glücklich, daß der Kaiser diesen historischen, so vielfach mit dem Blute der Vorfahren geträumten Boden zum Kaiserreich eroberten und das vor Hunderten von Jahren bereits von den Vorfahren des Kaisers bewohnte Pfostenstal als Stätte der Ruhe und Erholung gewählt hat. Der Kaiser dankte dem Regierungspräsidenten, woran Herr Oberbürgermeister Oertel den Kaiser mit einer Ansprache begrüßte, worin er den Kaiser bat, seinen herzlichen Willkommengruß und die untertänigste Huldigung der schlesischen Behörden und der Bürgerschaft entgegenzunehmen. Der Kaiser erwiderte, indem er an die umliegenden historischen Städte erinnerte. Nachdem der Kaiser unter dem Jubel der Versammelten den überreichten Pokal auf das Wohl der Stadt geleert hatte, überreichte eine Schülerin einen Blumenstrauß. Der Kaiser machte hierauf eine Rundfahrt durch die Stadt, überall von herzlichen Ovationen begleitet, und nahm dann im Schloß Wohnung.

Der deutsche Kronprinz traf am Sonntag im Manövergelände des Gardelörs ein und nahm auf dem Gate des Ministers v. Podbielski in Dallmin Wohnung.

Erbprinz Hohenlohe hat am Sonnabend sein Amt niedergelegt.

Der Abgeordnete Erzberger hat in einer in Katowitz am 10. September abgehaltenen Versammlung neue Entschlüsse in Aussicht gestellt.

Einen Rat dem preußischen Landwirtschaftsminister gibt seine intime Freundin, die "Deutsche Tagezeitg."; sie vermutet Herrn v. Tippelskirch als offiziellen Informator des Organs des Evangelischen Bundes, das oft in sehr plumper Weise Podbielski vertheidigte, und meint nun: "Sollte wirklich Herr v. Tippelskirch auch in diesem Falle der Gewährsmann der 'Täglichen Rundschau' sein, dann würden wir nicht unruhig können, dem Herrn Landwirtschaftsminister in seinem Interesse dringend zu raten, nicht nur seine indirekten geschäftlichen, sondern auch seine direkten persönlichen Beziehungen zu Herrn v. Tippelskirch noch Möglichkeit zu lösen." Sehr schön gehabt. Was schickere enge Freunde waren, wird sich über Nacht nicht trennen.

Bitterer Hohn über Erbprinz von Hohenlohe geht die nationalliberale "Nat. Zeitg." (Nr. 524) aus; sie meint in einem scherhaft gehaltenen Artikel: "So soll Gustav Bölow, ehe er Reichskanzler wird, die Aufrichtigkeit eines bekannten Ortrages auf sich geladen haben, welcher ihm die Abfassung einer Beschluß über das Thema 'Wie werde ich energisch?' übertragen wollte. Auf den Erbprinzen Hohenlohe hat einst eine Hamburger Rederichter gespielt, welcher die geistlichen Erklärungen und das organisatorische Genie des hohen Herrn 'so sehr hatte.'

Wenn ein Zentralsblatt dies geschrieben hätte? Das liberale Blatt dichtet hente dem Erbprinzen an, was es früher für bare Münze ausgegeben hat.

Militärdienst der protestantischen Theologen. Der Verbandtag der deutsch-evangelischen Vereine hat zur Frage des Militärdienstes folgende Resolution angenommen: a) Der Verband deutscher Pfarrvereine hält eine Aenderung der jetzigen Ordnung des Militärdienstes der evangelischen Theologen für durchaus geboten. b) Der Vorstand des Verbandes wird beauftragt, an den Kriegsminister eine Eingabe zu machen, dagegen zu fordern, daß die Regimentskommandos angewiesen werden, jedes Gehuch eines Geistlichen, um Dispensierung von einer Kontrollkommunion schon 8 Tage vor dieser zu genehmigen. c) Der Verband empfiehlt den Einzelvereinen bei ihren Konstitutionen dahin vorstellig zu werden, daß die Geistlichen des Beamtenstandes nach Anlage des Lehrer jährlich davon benachrichtigt werden, ob sie im Kriegsfall unabkömmlich sind. d) Der Verband wolle bei dem Kriegsminister dahin vorstellig werden, 1. daß die vienwöchentliche freiwillige Lazarettschließung der Geistlichen von den Theologen des Beamtenstandes bereits vor ihrer Ordination abgelehnt werden darf; 2. daß ihnen ein Titel verliehen werde, der sie dem Militär gegenüber als angehender Feldgeistlicher legitimiere."

Eine "neudeutsche Linse", bestehend aus Kreisinn und Sozialdemokratie, ist das neueste Neblobjekt der Herren Raumann und Dr. Barth, also eine Art deutscher "Blod". Freilich finden diese phantasievollen Schwärmer selbst bei den eigenen Freunden wenig Auffang. Aus den eigenen Reihen heraus werden folgende Hindernisse gegen einen sol-